
A und F 50plus

Akademiker und Freunde 50plus e.V.

Vorsitzender: Dipl.phil. Richard W. Hafemann

Postanschrift:

Striesener Straße 2, 01307 Dresden

Treff „Amadeus“

Tel.: 0351-4496116

PKW: 0151-22330838

Mail: akafreu50plus@online.ms

Nr. 1 / 2014

Februar 2014

A&F 50plus – MITTEILUNGEN FÜR MITGLIEDER UND FREUNDE

Sehr geehrte Mitglieder und Freunde,

die im Akademikerverband Dresden seit 1995 gepflegte Tradition, Mitglieder und Freunde über das Geschehen im Verband, Neues in der Renten- und Sozialpolitik, das nicht immer bzw. nicht ausreichend, nicht kritisch und nicht objektiv genug in den Medien veröffentlicht wird, und über Bewertungen politischer, kultureller und wissenschaftlicher Ereignisse durch Mitglieder und Freunde, aktuell zu informieren, wollen wir im neu gegründeten Verband A und F 50plus fortsetzen. Das soll möglichst auch in neuer Qualität erfolgen. Dazu ist die Mitarbeit aller Mitglieder und Freunde erwünscht. Bitte beteiligen Sie sich an der gestalterischen Arbeit mit eigenen Beiträgen und Vorschlägen zur weiteren Verbesserung der Informationstätigkeit. Die **A&F 50plus – Mitteilungen** sollen im bisherigen Umfang und im Regelfall auch im zweimonatlichen Rhythmus erscheinen.

In der ersten Nummer wollen wir Sie über das Geschehen in der Übergangsphase, über renten- und sozialpolitische Probleme seit Arbeitsaufnahme der neuen Regierung und über kulturelle Veranstaltungen in der Übergangsphase und seit dem 1.1.2014 informieren. Zu Beginn gratulieren wir traditionsgemäß Geburtstagskindern der Monate Dezember 2013, Januar und Februar 2014 sehr herzlich und wünschen ihnen für das neue Lebensjahr Gesundheit, Wohlergehen und viel Freude.

Geburtstagskinder im Dezember 2013

Frau Dr. Christa Dietze, Frau Dr. Renate Hoenow, Frau Gisela Waldmann, Herr Hans-Peter Hübner, Herr Dr. Wilfried Weber und Herr Prof. Kurt Merker.

Geburtstagskinder im Januar 2014: Herr Dr. Manfred Schmidt.

Geburtstagskinder im Februar 2014

Herr Dr. Wolfgang Telle, Frau Ilse Zogbaum, Frau Herta Illgen, Herr Richard Hafemann und Herr Fritz Rick.

Inhaltsverzeichnis

Thema	Seite
Ansprache des Vorsitzenden Dipl. phil. Richard Hafemann zur Jahresabschlussfeier	2
Dr. sc. oec. Peter Harmening: Wir Senioren und die aktuelle soziale Lage	3
Prof. Dietrich Wende: Blick in den Koalitionsvertrag: Was hat die Regierungskoalition für uns Rentner vereinbart?	6
Berichte über Kulturveranstaltungen	11

Ansprache von Dipl. phil. Richard Hafemann,

Der Vorsitzende des Akademikerverbands Dresden und des Verbands Akademiker und Freunde 50plus zur Jahresabschlussfeier des AVD am 12.12.2013:



Vorsitzender Richard Hafemann bei seiner Ansprache

Verehrte Gäste,
liebe Verbandsmitglieder und Ehepartner,
liebe Freunde !

Gestatten Sie mir, Sie zu Beginn meiner Ausführungen recht herzlich von unserem Vorstandsmitglied Maria Möbius zu grüßen. Nach einem Herzinfarkt ist sie wieder auf einem guten Weg und erholt sich in einer Kurklinik, um im nächsten Jahr mit ihrem Wissen und Engagement aktiv in unserem neuen Verband wirken zu können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

für uns alle geht ein ereignisreiches Jahr zu Ende. Wie Sie wissen, hat sich der Vorstand des AVD gemeinsam mit vielen unserer Mitglieder den Fragen der Zukunft unseres Verbands und der Erarbeitung einer Strategie der Entwicklung gestellt. Über 20 Jahre hat der Akademikerverband Dresden eine erfolgreiche Arbeit geleistet. In den Jubiläumsbroschüren zum 15. und 20. Jahrestag des Verbands können Sie dafür viele Beispiele finden, die ich hier nicht wiederholen muss.

Trotzdem können wir nicht die Augen davor verschließen, dass sich die uns umgebende Welt drastisch verändert hat und neue Themen auf der Tagesordnung stehen.

Neben der bekannten Rentenproblematik sind dies vor allem **Fragen wie Krankheitskosten, altersgerechtes Wohnen, aktive Teilhabe älterer Menschen am gesellschaftlichen Leben**, aber auch die Frage, den Politikern vor Augen zu halten, dass Senioren in unserer Gesellschaft eine große Lebensleistung vollbracht haben und nicht Bittsteller um ihre Rechte sein dürfen. Wenn wir es auf **4 Grundwerte für unsere Zukunft** bringen, so sind dies:

- **Solidarität und Gemeinsinn,**
- **Humanität,**
- **Gleichberechtigung und Toleranz und**
- **Selbstbestimmung und Achtung der Individualität.**

Ehrlich in die Zukunft zu schauen bedeutet aber auch, die Lage zu analysieren, Gutes beizubehalten und keine Angst vor neuen Herausforderungen zu haben. Dies hat der Vorstand für den neuen Verband getan und entschieden.

Was sich für die Gemeinschaft bewährt hat, wird fortgeführt:

- Vorträge, Exkursionen, Kultur vor Ort (wie die heutige Veranstaltung) werden fortgesetzt
- und Informationen und Mitteilungen für unsere Mitglieder wird es in bewährter Form durch Prof. Wende aller 2 Monate geben.

Aber es gibt auch **neue Anforderungen:**

- Notwendig ist unbedingt die Gewinnung neuer, auch jüngerer Mitglieder, die bereit sind, aktiv mitzuarbeiten

Wir bitten Sie dabei um Ihre Mithilfe durch Empfehlungen oder Direktansprache für eine Mitgliedschaft.

- Wichtig ist auch die enge Kooperation mit Gleichgesinnten in anderen Verbänden / Verei-

nen. Wenn wir auch erfolgreich sind, so sind wir doch noch eine relativ kleine Gruppierung. Meine Erfahrung ist, dass bei der Durchsetzung unserer Ziele und Forderungen an die Politik aber auch die Größe eines Vereins wichtig ist. Deshalb sehen wir die zukünftige engere Zusammenarbeit u.a. mit der Volkssolidarität Dresden und dem Seniorenbeirat unserer Stadt als sehr wichtig an.

– Unseren Internetauftritt werden wir neu und zeitgemäß gestalten.

Meine Damen und Herren,

in diesem Jahr wurde besonders deutlich, wie wichtig eine enge, vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Vorstand und Mitgliedern ist. **Unser Zukunftskonzept konnte nur entstehen und umgesetzt werden, weil viele von Ihnen daran mitgewirkt haben. Ihre Hinweise, Vorschläge und Anregungen sind auch in Zukunft unverzichtbar.**

Stellvertretend für Viele will ich mich daher bedanken bei unseren Mitgliedern:

Dr. Peter Harmening, Liselotte Gründel, Irmhild von Kielpinski, Maria Möbius, Gisela Waldmann, Prof. Kurt Merker, Prof. Dietrich Wende, Dr. Rosemarie Griese, Edith Robota, Petra Uhlig, Rita Würbach, Brigitte Grunert, Klaus Peter Hübner.

Aber auch Freunde unseres Verbands möchte ich für ihre Unterstützung unserer Arbeit nicht unerwähnt lassen:

– *Frau Cathrin Borchert und ihr Team vom „Amadeus“, die uns hervorragend betreut und versorgt haben.*

– *Herr Prof. Grunert, der uns bei der Erarbeitung unseres Zukunftskonzeptes ein wichtiger Ratgeber war.*

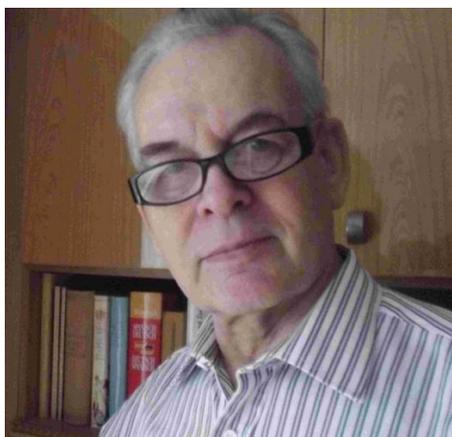
– *Herr Horst Korbella, der uns bei Kultur und Bildung hervorragend unterstützt hat.*

Liebe Verbandsmitglieder, liebe Gäste,

bei dieser kurzen Darstellung will ich es belassen, denn heute sind wir hier um uns zu unterhalten, an der kulturellen Darbietung zu erfreuen und auf die Weihnachtstage einzustimmen. **Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien ein frohes Weihnachtsfest 2013 und ein gutes Jahr 2014 bei guter Gesundheit.**

Hochschuldozent Dr. sc. oec. Peter Harmening

Wir Senioren und die aktuelle soziale Lage



Mit der Neugründung des Vereins „**Akademiker und Freunde 50 Plus e.V.**“ haben wir zweifellos einen Schritt in die richtige Richtung getan, denn die Jacke, in die uns der BRH-Landesverband Sachsen stecken wollte, war einfach zu eng geworden. Umso mehr sind wir jetzt aber gefordert, organisatorisch, aber vor allem inhaltlich:

- Wie und wo müssen wir in Zukunft unsere sozialen Forderungen artikulieren, damit sie gehört werden? Die „da oben“ haben doch ganz andere Sorgen: Finanzkrise, Wachstum, Datensammelwut der Amerikaner, Europäische Union usw.

- Und wo stehen wir derzeit in der immer noch ungelösten Rentenangleichung Ost - West?

- Gibt es neue Schwerpunkte hinsichtlich der Besserstellung jener Rentner, die wir seit dem Jahr 2000 als „Neu- oder Zugangsrentner“ bezeichnen und deren Forderungen Jahr für Jahr hinausgeschoben werden?
- Sollen wir überhaupt noch kämpfen, macht das noch Sinn - oder warten wir auf die „biologische Lösung“?

Ich verspreche keine Rezepte, aber doch Denkanstöße.

Fangen wir bei der letzten Frage an, die ich auch mir selbst stelle:

Sinn oder vergebliche Müh, nachdem eine ganze Generation vom Bundestag und der Regierung an der Nase herum geführt wurde, auch noch im Jahr 24 nach der Wende?

Der Hauptdruck, der heute durch die soziale Schieflage erzeugt wird und selbst Vertreter der etablierten Parteien berührt, ist kaum noch die Frage der „**Rentengerechtigkeit**“, sondern die der „**Altersarmut**“ – oft nun auch schon vermischt mit der sozialen Lage Zugewanderter. Das heißt nichts anderes, als dass die Situation derer, die jüngst in Rente gingen oder der kommenden Jahrgänge so prekär geworden ist, dass die offizielle Politik nicht mehr wegschauen kann und die „alten“ Rentenungerechtigkeiten nach dem Einigungsvertrag in den Hintergrund treten. Und wenn man die Weichenstellung der Politik in Deutschland sowie in der gesamten Europäischen Union analysiert, wird es ja Jahr für Jahr schlimmer, ganz unerträglich für die Perspektive der Masse der heute jungen Arbeiter und Angestellten, von vergleichsweise wenigen Gutverdienern einmal abgesehen. In der öffentlichen Wahrnehmung schiebt sich in jüngster Zeit also die künftige Existenzsicherung der heute arbeitsfähigen Bevölkerung vor die Altersversorgung der Rentner von heute in Ost und West – ohne dass die Schieflage in der Altersversorgung von heute korrigiert worden wäre. Das macht die Forderung nach Rentengerechtigkeit der „Alten“ nicht leichter, zumal es ja außer uns selbst nun auch um unsere Kinder und Enkel geht.

Wir haben noch am Anfang dieses Jahrhunderts die Frage gestellt, warum gleiche Berufsbiografien in den neuen und alten Bundesländern zu so krassen Unterschieden in der Altersversorgung führen und eine Annäherung gefordert, wenn schon keine Angleichung. Aber darüber spricht heute, 10 Jahre später, kaum noch jemand, sondern darüber, ob man mit der Rente nach vielen Arbeitsjahren überhaupt noch leben kann und besser dasteht als jene arbeitslose „Hartz-IV-Empfänger“, ob nicht Altersarmut einzieht für die Mehrzahl derjenigen, die den deutschen Staat (nicht: den Sozialstaat – den gibt es ja nicht mehr) mit ihrer Arbeitskraft aufgebaut und auf hohem ökonomischen Niveau gehalten haben. Die Kanzlerin scheut sich nicht, die ökonomischen Erfolge Deutschlands zu preisen, aber gleichzeitig soziale Forderungen als nicht finanzierbar abzutun, ganz im Stil der Unternehmerverbände. Die angeschobenen Maßnahmen zur Stabilisierung des Finanzmarktes und der Bankenkontrolle dienen der Stabilisierung des aktuellen kapitalistischen Systems, nicht etwa der Schmälerung der Millionengewinne der Führungselite der Konzerne und Banken, aber auch einiger Ableger dieses Systems wie des Profisports und der „VIP’s“ in unserer Gesellschaft. All das ist offiziell „o. k.“ und gipfelt in der Forderung: spart lieber bei Polizei und Kultur, wenn euch das Geld zum Leben nicht reicht!

Ein Extra-Wort zu den langen Schatten, die die internationale **Finanzkrise** auf Deutschland, auf unsere Wirtschaft, auf Industrie, Handwerk und Gewerbe und vor allem auf uns Verbraucher wirft:

Jahrelang hat man uns erklärt, die 6 oder 7 Milliarden, die eine Rentenangleichung kosten würde, stünden nicht zur Verfügung, deshalb sieht die Bundesregierung im Rentenversicherungsbericht des Jahres 2005 die Angleichung der Renten erst für das Jahr 2030 (!) vor. Kurze Zeit später wird aber ein „Rettungsschirm“ für die Banken gebildet: 480 Milliarden Euro. Allein die Commerzbank erhält 18,2 Milliarden, die an der Krise maßgeblich beteiligte Münchener HRE erhält 100 Milliarden aus Steuermitteln! Die Hilfen für Griechenland, Portugal und die Bankenrettung in Spanien sind hinreichend bekannt. Gleichzeitig steigen die Einkommen der Vorstände der DAX-Konzerne in 10 Jahren um 100 %, während die Löhne (preisbereinigt) seit 25 Jahren stagnieren. 800.000 Men-

schen sind in Leiharbeit und es sind schon 1,3 Millionen, die trotz Vollzeitarbeit „aufstocken“ gehen müssen – 2012 über 70 Mrd. € aus Steuermitteln als Lohnausgleich, den die Unternehmen nicht zahlen. **Das alles überschattet unsere soziale Lage, bremst uns aus bei der Durchsetzung längst überfälliger Reformen bei Mindestlohn, aber auch bei der Altersversorgung.** Um Argumente ist man nicht verlegen / die Medien verbreiten genussvoll: Nachdem das Geld längst anderswo verteilt ist, muss die Demographie-Lüge für die stagnierenden sozialen Belange erhalten.

Fazit: Dass die Lobby der herrschenden „oberen Zehntausend“ in der Regierung (- auch jetzt in der schwarz-roten Koalition –) nur dann an der Umverteilung des in Deutschland reichlich vorhandenen Vermögens etwas ändert, wenn enormer Druck „von unten“ kommt, - daran kann kein Zweifel bestehen. Die Schere zwischen Arm und Reich wird folglich weiter auseinander gehen, wenn die Opposition an der Basis so schwach bleibt wie sie derzeit ist. Damit die Forderung nach einem Sozialstaat nicht zu stark wird, wird man auch mit etwas Kosmetik rechnen können.

> Aber wie schwerfällig allein die (im Vergleich zum gewaltigen Vermögen) kleinen Zugeständnisse vorankommen, sieht man an der Mütterrente, für ein paar Rentenpunkte für Mütter von Kindern mit Geburtsjahr vor 1992. Und da haben wir auch schon wieder den Unterschied zwischen Ost und West in der angedachten Neuregelung.

> Auch 24 Jahre nach der Wiedervereinigung sind die ostdeutschen Kinder bzw. deren Mütter minderwertiger als in den alten Bundesländern, wo die Mütter anders als in der DDR meist nicht gearbeitet haben. Aber auch deren Kinder vor 1992 sind weniger wert als die nach 1992. Und überhaupt: ein paar Milliarden, die man locker durch eine Reichensteuer erwirtschaften könnte – sind auch in der Koalitionsvereinbarung mit den Sozialdemokraten schon vom Tisch. Vielleicht kann man diese Leistungen ja der Rentenkasse aufbürden, vielleicht lassen sich auch die kommunalen Ausgaben weiterhin kürzen oder der Mittelstand hat ein paar Reserven - aber bloß nichts an den Einkommen der Konzern- oder Bankenchefs und an den Diäten in den Parlamenten ändern! - Und da es uns in der Bundesrepublik – im Vergleich zum übrigen Europa (und erst recht zur übrigen Welt) – noch relativ gut geht, bleibt es bei der Primärverteilung wie bisher.

Ist für die noch lebende ältere Generation deshalb Fatalismus angesagt?

Mitnichten! Auch jede noch so kleine Reform zur Verbesserung der Lebenslage kommt uns und vor allem unseren Kindern und Enkeln zugute, wenn wir auch mit sozialer Gerechtigkeit und Gleichstellung Ost-West vorerst nicht mehr rechnen können. Zu tief sitzen Neoliberalismus und die Spätwirkungen des Kalten Krieges in den Köpfen derer, die heute das Sagen haben. Aber ganz so leicht wollen wir es ihnen doch nicht machen!

Auch Du, lieber Kollege, liebes Vereinsmitglied, der Du schon mit Alter und Krankheit zu kämpfen hast, kannst noch etwas tun – und unser Verein muss etwas tun – im Bündnis mit anderen Organisationen und Parteien, die Forderungen für Fortschritte in der Sozial- und Gesundheitspolitik auf ihre Fahnen geschrieben haben. Allerdings: ein bisschen Kraft müssen wir dafür schon aufwenden – so viel muss unser Alltag hergeben. Wer nur noch Urlaub und Freizeitgestaltung im Kopf hat – der denkt etwas zu kurz. Kommende Generationen würden uns das mit Recht verübeln.

Noch ein abschließendes Wort zu unserem Vorgehen:

Wir hatten 2002 ein Positionspapier der Akademikerverbände von Dresden, Leipzig und Berlin verfasst – geradezu wissenschaftlich präzise. Dieses Dokument bleibt im Raum stehen und geht in die Geschichte ein. Doch schon ein Jahr später wird die Dynamisierung der Renten und die schrittweise Angleichung der Ost-Renten unterbrochen (angeblich nur zeitweise und mit der demografischen Situation begründet). Nach mehreren 0-Runden ab 2004 steigt schließlich 2013 die Rente um 3,29 % - doch bloß im Osten, die Rentner im Westen sind mit 0,25 % aber sauer. Das fördert zwar die Annäherung der Renten, aber auch in den alten Bundesländern gab es jahrelang wie im Osten nicht einmal einen Inflationsausgleich. Mit der Einführung und Propagierung eines Demo-

graphie-Faktors schlägt man gleich zwei Fliegen mit einer Klappe: das Generationenproblem führe zu diesen Sparmaßnahmen und die Jugend glaubt, sie müsse für die Alten unverhältnismäßig viel zahlen.

Im Jahr 2014 müssen wir folglich die Kraft der Senioren mit den Interessen der Jüngeren vereinen. Heute kämpfen wir nicht nur und nicht in erster Linie um die Verbesserung einiger schimpflich behandelte Berufs- und Personengruppen aus DDR-Zeiten, heute geht es um grundlegende Verbesserungen für die Altersversorgung von heute und vor allem von morgen sowie die Lage der arbeitenden Bevölkerung. Allein schon die von oben oktroyierte Forderung, neben der gesetzlichen Rente eine private Vorsorge aufzubauen, zeigt den Zynismus dieser Forderung, wenn beispielsweise in Dresden über die Hälfte der Haushalte mit 750,- Euro und weniger im Monat auskommen muss. Da bleibt ja gewaltig viel übrig für monatliche Rücklagen – oder?

Es bleibt also viel, sehr viel zu tun. Jeder fühle sich angesprochen!

Ich bin mit Euch -

Dr. Peter Harmening

P.S., um Missverständnissen vorzubeugen:

Selbstverständlich ist unser neuer Verein nicht nur ein Verein von „Kämpfern“, sondern von Gleichgesinnten, die es auch verstehen, die Gemeinschaft, die Kultur, das eigene Erleben zu pflegen. Das kostet nicht einmal viel Geld. *W i e* wir in Zukunft unser Vereinsleben gestalten, liegt in unserer Hand – und *n u r* in der Hand unserer Mitglieder und unseres Vorstands. Auch hierbei ist jeder angesprochen, wenigstens mit Ideen und Vorschlägen aktiv zu werden. P.H.

Prof. Dr.-Ing. habil. Dietrich Wende

Blick in den Koalitionsvertrag:

Was hat die Regierungskoalition für uns Rentner vereinbart?



Unter dem vielversprechenden Titel „**Deutschlands Zukunft gestalten**“ haben die Spitzen der Parteien CDU, CSU und SPD am 27.11.2013 einen Koalitionsvertrag geschlossen, auf dessen Grundlage die Regierungsbildung der 18. Legislaturperiode des Deutschen Bundestags erfolgte. Dieses 185 Seiten umfassende Grundsatzdokument enthält die Grundzüge der zukünftigen Regierungspolitik aller Lebensbereiche der Bundesrepublik Deutschlands. Der Koalitionsvertrag kann im Internet als PDF-Datei eingesehen und heruntergeladen werden (in Suchmaschine Google Stichwort „Koalitionsvertrag“ eingeben). Aus diesem Vertragswerk sollen Aussagen zur zukünftigen Renten- und Sozialpolitik kritisch gekürzt wiedergegeben werden.

Für das bessere Verständnis wird zu Beginn die renten- und sozialpolitische Situation am Ende der 17. Legislaturperiode des Deutschen Bundestags (DBT) dargestellt.

Renten- und sozialpolitische Situation am Ende der 17. Legislaturperiode des DBT

Im Jahr 2004 ist von der damaligen rot-grünen Bundesregierung (Bundeskanzler Gerhard Schröder und Arbeitsminister Walter Riester) neben der Hartz IV – Gesetzgebung auch eine Rentenreform auf den Weg gebracht worden, die in den Folgejahren auch von der schwarz-roten und der schwarz-gelben Regierungskoalition unverändert weitergeführt wurde. Diese Rentenreform wurde

vor allem von schwarz-gelb-roten Spitzenpolitikern als Jahrhundertwerk propagandistisch gefeiert, mit dem es gelungen sei, das Alterseinkommen für den verdienten Lebensabend zukunftssicher, ausreichend, krisenfest und sozial gerecht zu gestalten. In den Chor der Jubelnden stimmten anfänglich auch die Gewerkschafts- und Sozialverbände mit ein. Nur die LINKEN bezogen von Anfang an eine fundamentale Opposition, die als Schwarzmalerei und populistisches Geschwätz abgewiesen wurde.

Grundlage der Rentenreform ist ein mehrstufiges Alterseinkommensmodell:

- Die gesetzliche Rente der staatlichen Deutschen Rentenversicherung, die nach dem Prinzip des Umlageverfahrens aufgebaut ist (Die eingesammelten Beiträge werden im Folgemonat als Rente ausgegeben.). Sie soll zukünftig nur den Grundbedarf der Senioren decken und kann daher von damals 68 % des letzten Arbeitseinkommens schrittweise über 25 Jahre auf 43 % abgeschmolzen werden. Das Abschmelzen schreitet von Jahrgang zu Jahrgang zielstrebig voran und hat bereits 53 % erreicht.

Begründet wurde diese Maßnahme mit der demografischen Entwicklung, der die Beitrags- und Steuerzahler nicht mehr Folge leisten könnten. Seriöse Wissenschaftler haben inzwischen nachgewiesen, dass es sich nur um die zweckorientierte Verbreitung der Lüge vom Demografie-Gespensst handelt, mit der außerdem Jung gegen Alt und umgekehrt gegeneinander ausgespielt werden soll.

- Die staatlich geförderte private Altersvorsorge (Riester-Rente), die eine kapitalbasierte Rente ist. Die in den Jahren der Berufstätigkeit eingesammelten Beiträge werden einem Eigenkapitalstock gutgeschrieben und mit Beginn des Ruhestands in Monatsraten wieder ausgezahlt. Herr Riester versprach bei seinen Werbe-Auftritten Rentenzahlungen, die ein Leben in purem Luxus ermöglichen sollten.

Inzwischen hat sich die Riester-Rente als Jahrhundertflop erwiesen. Zur Auszahlung kommen nur ca. 80 % der eingezahlten Beiträge. Der Rest, also auch die staatliche Bezuschussung, wandert in die Finanzierung des Geschäftsbetriebs der Versicherungskonzerne und in die Bonuszahlungen der Versicherungsmakler und Spitzenmanager. Der Staat verdient mit, indem er bei Gewährung der Grundsicherungsrente die Riester-Rente mit anrechnet, und die zu entrichtenden Sozialbeiträge, eventuell auch Steuern, auch für die Riester-Rente einzieht.

- Die betriebliche Altersvorsorge (BAV), bei der der Betrieb einen geringen Anteil vom Nettolohn einbehält und mit einem Zuschuss aus dem Gewinn in einen Rentenfonds überführt. Im öffentlichen Dienst wurde das Versorgungswerk Bund / Länder (VBL) analog eingeführt.

Die BAV ist von der wirtschaftlichen Lage des Betriebes abhängig. Im Extremfall ist sogar der Totalverlust möglich. Als verhältnismäßig sicher ist die VBL zu bewerten. Die Auszahlungen erfolgen in Abhängigkeit von der Höhe und der Dauer der Einzahlungen: Der Staat partizipiert an den Auszahlungen der Betriebsrente, durch Anrechnung auf die Grundversorgung und durch Besteuerung und durch Erhebung des vollen Beitragssatzes der Sozialversicherungen, nicht etwa des halben Beitragssatzes wie bei der gesetzlichen Rente.

- Die private Altersvorsorge ist in vielfältiger Form möglich, über Sparguthaben, Aktien, Wohneigentum („Betongeld“) usw. Der Staat hat zwar eine Garantie für Sparguthaben übernommen, aber durch die Niedrigzinspolitik gehen dem jetzigen deutschen Rentnern jährlich ca. 20 Milliarden Euro an privatem Alterseinkommen verloren.

Die **Altersversorgungs-Bilanz am Ende der 17. Legislaturperiode DBT** ist sowohl für die Altrentner als auch für die Jung- und Neurentner negativ. Bei den Altrentnern wurden die aus dem Rentenüberleitungsgesetz resultierenden Probleme der „lebensbiologischen Lösung“ überlassen. Bezüglich der Situation der Jung- und Neurentner ist zu vermerken, dass die Rentenreform von 2004 im Wesentlichen gescheitert ist. Die Politik hat sich aber bisher nicht zu einer radikalen Ab-

kehr von der Rentenreform von 2004 und zur Stärkung (statt Schwächung) der umlagefinanzierten gesetzlichen Rente entschließen können, denn nur dann wäre der massenhafte Marsch in die Altersarmut zu stoppen.

Flankiert wird der „Marsch in die Altersarmut“ durch die Wohnungs- und Energiepolitik der 17. Legislaturperiode des DBT. Die künstliche Wohnraumverknappung durch Einstellung des sozialen Wohnungsbaus, im Osten außerdem durch staatlich geförderten Abriss ganzer Siedlungen, hat den Vermietern große Gewinne und den Mietern Wohnungsnot und Mieterhöhungen beschert. Ebenso erweist sich das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), die darin verankerte Umlagemodalität der Kosten der Energiewende (Freistellung von Großunternehmen) und der konfuse und planlose Ablauf als enormer Kostentreiber für die Bürger. Nicht wenige sozial schwache Familien sind dazu verdammt worden, entweder ohne Strom und Heizung zu leben oder bei ihrem Vermieter und Energielieferanten in die Schuldenfalle zu geraten.

In der **Bilanz von Gesundheit und Pflege der 17. Legislaturperiode des DBT** gibt es positive Momente. Die Beiträge der Gesetzlichen Versicherung (GKV) sind im solidarischen, umlagefinanzierten System stabil geblieben, sogar etwas rückläufig. Für die Mitglieder der Privaten Krankenversicherung (KV) im unsolidarischen eigenkapital-finanzierten System sind die Beiträge kräftig gestiegen, insbesondere für Senioren, wodurch nicht wenige auf Versicherungsschutz verzichten mussten. Die Kassen konnten das Streben der Pharma-Konzerne nach immer höheren Preisen für Medikamente deckeln.

Mit dem Pflege-Neuausrichtungsgesetz (PNG) wurden beachtliche Verbesserungen für den Zugang zu Pflegestufen und Pflegeleistungen geschaffen. Das Umfeld der Pflegeleistungen hat sich dagegen weiter verschlechtert (kein ausreichendes und qualifiziertes Personal, geringe Bezahlung und ungenügende Betreuung des Pflegepersonals, Verletzungen der Menschenwürde gegenüber den zu Pflegenden usw.). Das Problem der für Jedermann verträglichen Finanzierung der Pflege wurde nicht gelöst. Viele der Neuzugänge an Pflegepatienten können den Eigenanteil der Pflegekosten bereits für die Pflegestufe I nicht mehr mit ihrer Rente finanzieren. Die Kinder müssen dann die Finanzierung übernehmen, was insbesondere in der Pflegestufe III zu unverträglich hohen Belastungen führen kann.

Die vom ehemaligen FDP-Gesundheitsminister Daniel Bahr kreierte Geförderte private Pflegezusatzversicherung, die auf Kapitalbasis funktioniert und von der privaten Versicherungswirtschaft vertrieben wird, hat sich für jetzige Senioren wegen der im Alter sehr hohen Prämien als untauglich erwiesen. Die einfachste und wirksamste Lösung, die Beiträge der solidarischen, umlagefinanzierten gesetzlichen Pflegeversicherung geringfügig zu erhöhen, war bisher nicht vermittelbar.

Die wesentlichen Aussagen des Koalitionsvertrags zur Renten- und Sozialpolitik:

Soziale Sicherheit im Rentenalter

Die Regierungskoalition will ein hohes Maß sozialer Sicherheit auch unter den Bedingungen des sich vollziehenden demografischen Wandels weiterhin bewahren. Dazu wird das **Festhalten an der Rentenreform von 2004** vereinbart, verbunden mit einzuführenden Einzel-Verbesserungen.

Die Finanzierung muss immer wieder neu und in der Lastenverteilung zwischen den Generationen ausbalanciert werden. Die Menschen sollen möglichst lange im Erwerbsleben gehalten werden. Es soll genug Raum für zusätzliche Vorsorge und Freiheiten zum selbst bestimmten Gestalten der späteren Lebensabschnitte belassen werden.

Am Regeleintrittsalter in die Rente mit 67 Jahren wird festgehalten. Abweichungen sollen möglich sein. Langjährig Beschäftigte können seit 2012 nach 45 Beitragsjahren mit Erreichen des 65. Lebensjahrs ohne die sonst fälligen Abschläge in Rente gehen. Die vorhandene Vertrauensschutzregelung zur Anhebung der Regelaltersgrenze wird erweitert. Ab dem 01.07.2014 können Versicher-

te mit 45 Beitragsjahren (einschließlich Zeiten der Arbeitslosigkeit) mit vollendetem 63. Lebensjahr abschlagsfrei in Rente gehen. Das Zugangsalter von 63 Jahren wird parallel zur Anhebung des allgemeinen Rentenalters auf 65 Jahre angehoben.

Die Regierungskoalition will die Rentenansprüche von Erwerbsgeminderten spürbar verbessern. Die Zurechnungszeit bei der Erwerbsminderungsrente wird zum 1. Juli 2014 um zwei Jahre angehoben (von 60 auf 62). Für die letzten vier Jahre vor der Erwerbsminderungsrente erfolgt eine Günstigerprüfung. Das Reha-Budget wird bedarfsgerecht unter Berücksichtigung des demografischen Wandels angepasst.

Die Regierungskoalition will die private und betriebliche Altersvorsorge stärken. Sie will die Voraussetzungen dafür schaffen, daß Betriebsrenten auch in kleinen Unternehmen hohe Verbreitung finden. Hemmnisse sollen abgebaut werden, und sie sollen auch im europäischen Kontext erhalten bleiben.

Anm.: Zur Stärkung der privaten Altersvorsorge werden keine Vorstellungen entwickelt.

Die Regierungskoalition will eine langjährige Rentenbeitragszahlung mit einer **solidarischen Lebensleistungsrente** honorieren, die bis 2017 eingeführt werden soll. Langjährige Beitragszahler (mindestens 40 Jahre), die weniger als 30 Entgeltpunkte erreicht haben, sollen durch eine Aufwertung der erworbenen Rentenpunkte bessergestellt werden. Durch eine bis 2023 geltende Übergangsregelung sollen 35 Beitragsjahre reichen. Bis zu fünf Jahre Arbeitslosigkeit sollen wie Beitragsjahre behandelt werden. Nach 2023 soll zusätzliche private Altersvorsorge als Zugangsvoraussetzung erforderlich sein.

Personen, die trotz der Aufwertung nicht auf 30 Entgeltpunkte kommen, jedoch bedürftig sind (Bedürftigkeitsprüfung), sollen in einer zweiten Stufe einen weiteren Zuschlag bis zu einer Gesamtsumme von 30 Entgeltpunkten erhalten. Die Finanzierung von Aufwertung und Zuschlägen erfolgt aus Steuermitteln.

Die Koalitionsregierung will zur bereits bestehenden Regelung die Kindererziehung auch für vor 1992 geborene Kinder durch Einführung einer **Mütterrente** anerkennen. Ab 1. Juli 2014 wird für alle Mütter oder Väter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, die Erziehungsleistung mit einem zusätzlichen Entgeltpunkt in der Alterssicherung berücksichtigt.

Die Regierungskoalition will ein **Rentenüberleitungsabschlussgesetz** auf den Weg bringen. Die vollständige Ost-West-Angleichung der Rentenpunktwerte soll in einem letzten Schritt zum Ende des Solidarpaktes II bzw. 30 Jahre nach Herstellung der Einheit Deutschlands erfolgen, wenn die Lohn- und Gehaltsangleichung weiter fortgeschritten sein wird. In Abhängigkeit vom Ergebnis einer Angleichungsprüfung zum 1. Juli 2016 soll entschieden werden, ob mit Wirkung ab 2017 eine Teilangleichung notwendig ist.

Anm.: Es gibt keine Aussage dazu, ob das Rentenüberleitungsabschlussgesetz nicht nur die Rentenwertangleichung beinhaltet, sondern auch die Beseitigung der diskriminierenden Ungerechtigkeiten für bestimmte Berufsgruppen.

Gesundheit und Pflege

Die Regierungskoalition bekennt sich zur **Freiberuflichkeit** der niedergelassenen Ärzte, Zahnärzte und Psycho- und Physiotherapeuten in der Fläche (Anm.: Keine „Polikliniken“!), freie Arztwahl und Diagnose- und Therapiefreiheit. Zur Sicherstellung der flächendeckenden Versorgung sollen die Anreize zur Niederlassung in unterversorgten Gebieten weiter verbessert werden.

Für gesetzlich Versicherte soll die Wartezeit auf Arzttermine deutlich reduziert werden. Dafür werden Terminservicestellen eingerichtet. Der Behandlungstermin soll innerhalb einer Woche vermittelt und innerhalb von vier Wochen realisiert werden.

Die Rolle des Hausarztes soll weiter gestärkt werden. Die strenge Trennung zwischen haus- und fachärztlichen Leistungen soll in der Budgetierung und Vergütung gelockert werden.

Die zehntägige Auszeit für Angehörige, die kurzfristig Zeit für die Organisation einer neuen Pflegesituation benötigen, wird mit einer Lohnersatzleistung gekoppelt. Die Hilfen der Weiterführung werden weiter ausgebaut.

In den Entscheidungsgremien des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen sollen künftig Vertreter der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen sowie der Pflegeberufe stimmberechtigt vertreten sein.

Die Regierungskoalition wird sich für Personalmindeststandards im Pflegebereich, eine Aufwertung der Pflegeberufe und Reformierung der Pflegeausbildung (Pflegeberufsgesetz), Stärkung der Ausbildungsangebote an den staatlichen Berufsfachschulen und Bürokratieabbau einsetzen.

Der paritätische Beitragssatz zur Pflegeversicherung wird spätestens zum 1. Januar 2015 um 0,3 % erhöht. Davon werden 0,2 % zur Finanzierung der Leistungsverbesserungen und für die 2015 gesetzlich vorgesehene Dynamisierung benutzt. Dem Aufbau eines Pflegevorsorgefonds dienen 0,1 %. In einem zweiten Schritt wird mit der Umsetzung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs der Beitrag um weitere 0,2 % in dieser Legislaturperiode angehoben.

Gutes und bezahlbares Wohnen

Die Regierungskoalition verpflichtet sich, den Menschen eine hohe Wohn- und Lebensqualität zu geben. Dem weiter wachsenden Wohnungsbedarf in Ballungsräumen, dem notwendigen energetischen Umbau sowie den demografischen und sozialen Herausforderungen muss entsprochen werden. Dabei wird auf einen **wohnungspolitischen Dreiklang** gesetzt:

- **Stärkung der Investitionstätigkeit,**
- **Wiederbelebung des sozialen Wohnungsbaus** und
- **ausgewogene mietrechtliche sozialpolitische Flankierung.**

Alle Maßnahmen werden in einem **Aktionsprogramm zur Belegung des Wohnungsbaus** und der energetischen Gebäudesanierung zusammengefasst.

Die **Wohnungsbauprämie** und die **Arbeitnehmer-Sparzulage** bleiben erhalten. Für das **genossenschaftliche Wohnen** werden die Rahmenbedingungen verbessert, wenn sich die Genossenschaften zu gefördertem Neubau verpflichten. Die Initiative zur **Schaffung zusätzlichen studentischen Wohnraums** wird fortgesetzt.

Für die Wiederbelebung des sozialen Wohnungsbaus werden vom Bund bis Ende 2019 jährlich 518 Mio Euro bereitgestellt. Die Leistungen des **Wohngeldes** werden weiter verbessert. Leistungshöhe und Miethöchstbeträge werden an die Bestandsmieten und Einkommensentwicklung angepasst.

Für Gebiete mit angespanntem Wohnungsmarkt kann von den Ländern bei Wiedervermietung von Wohnraum die Mieterhöhungsmöglichkeit auf maximal 10 % über der ortsüblichen Vergleichsmiete begrenzt werden. Die Mieterhöhungs-Kappungsgrenze von 15 % über der ortsüblichen Bestandsmiete in von den Ländern ausgewiesenen Gebieten bleibt weiterhin bestehen. Künftig sollen nur noch höchstens 10 % der Kosten einer Modernisierung auf die Miete umgelegt werden können, und das längstens bis zur Amortisierung der Modernisierungskosten. In allen Rechtsgebieten gilt für die Höhe der Miete und umlagefähigen Heiz- und Betriebskosten nur die tatsächliche Wohn- bzw. Nutzungsfläche. Gegen grobe Vernachlässigung von Wohnraum durch den Eigentümer sollen wirksame Instrumente geschaffen werden.

Die Regierungskoalition will **klare bundeseinheitliche Rahmenbedingungen und eine Qualitätssicherung für das Wohnungsmaklergewerbe** einführen. Sowohl Mieter als auch Vermieter können Auftraggeber sein, aber es **gilt das Prinzip, wer bestellt der bezahlt.**

Energiepolitik

Die Regierungskoalition betrachtet die Energiewende als einen gesamtgesellschaftlich notwendigen und unumkehrbaren Prozess, in dem u.a. auch Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit gewährleistet sein müssen. Deshalb strebt sie eine schnelle und grundlegende Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) an. Mit der grundlegenden Reform sollen Ausmaß und Geschwindigkeit des Kostenanstiegs spürbar gebremst werden. Überforderungen sind durch mehr Kosteneffizienz abzubauen.

Schlussfolgerungen

Der Koalitionsvertrag lässt erkennen, dass sehr viele der die Ruheständler drückenden Probleme wahrgenommen worden sind und dazu Lösungen angeboten werden. Es ist nur die Frage, ob sich die neue Bundesregierung auch an die Realisierung der darin enthaltenen Versprechungen hält. Kontrolle und Ermahnungen durch Opposition, Sozialverbände und Bürger sind notwendig.

Die Lösungsvorschläge bekämpfen nur negative Symptome der Rentenreform von 2004, beseitigen aber nicht das Grundübel. **Die Menschenwürde erfordert, jeden Ruheständler mit langjähriger Arbeitsbiografie mit einem solchen Alterseinkommen auszustatten, dass keine finanzielle Hilfe von Ämtern – auch nicht in der Pflege (mindestens Pflegestufe I) – in Anspruch genommen werden muss.** Diese Zielstellung wird mit dem Koalitionsvertrag nicht erreicht.

Der Verband „A u. F 50plus“ muss sich in die Reihe der Ermahnenden und Kontrolleure einordnen und insbesondere die Realisierung der Interessen seiner Klientel überwachen. Dazu ist notwendig, dass ein Positionspapier erarbeitet wird, in dem diese Interessen exakt definiert sind und wie die Realisierung überwacht werden soll.

Auch für unsere Altrentner, die durch das Rentenüberleitungsgesetz geschädigt worden sind, besteht – wenn auch nur geringe – Hoffnung, dass wenigstens noch ein Teil der Probleme einer Lösung zugeführt wird. Die im Koalitionsvertrag enthaltene Festlegung, ein **Rentenüberleitungsabschlussgesetz** zu erarbeiten, bietet die Möglichkeit, in der Erarbeitungsphase mit der Forderung aufzutreten, unsere Probleme in die Gesetzgebung einzubinden. Dafür müssen wir kämpfen.

Berichte über Kulturveranstaltungen

Vorweihnachtlicher Clubnachmittag

Maria Möbius hatte Mitglieder und Freunde des AVD für den 28.11.2013 zu einem vorweihnachtlichen Clubnachmittag in die VS-Begegnungsstätte Amadeus eingeladen. Durch ihre plötzliche schwere Erkrankung konnte sie leider nicht selbst die Zusammenkunft organisieren und gestalten. Für sie übernahmen Gisela Waldmann (Organisation), Horst Korbella (Moderation) und Fritz Rick (Gesang) ihre Aufgaben.

Unter dem Motto

*Adele, du goldener Herbst,
deine bunten Blätter vom Winde vertrieben.
Advent klopft an das Tor,
die Weihnachtszeit frohlockt,
jubilierend ertönt der Engel Chor.*

bereiteten uns die Organisatoren zwei fröhliche und besinnliche Stunden.

Den Abschied vom goldenen Herbst besang Herr Fritz Rick mit den Liedern

*„Bunt sind schon die Wälder (Volkslied 1799)“ und
„Letzte Rose (irisches Volkslied 1789)“.*

Er wurde von der Pianistin Maria Tosenko auf dem Klavier begleitet.

Es folgten die Lieder

*Abschied vom Walde (Felix Mendelsohn Bartholdy),
Der Lindenbaum (Franz Schubert),
Vater, Mutter, Schwester, Brüder
(aus der Oper UNDINE von Lortzing) und
das Hobellied (C. Kreutzer).*

Die Anwesenden quittierten das musikalische Erlebnis mit anhaltendem lauten Beifall. Die sich anschließende Pause wurde von den Anwesenden zum Kaffeetrinken, das von der Chefin des VS-Seniorenclubs „Amadeus“ Frau Cathrin Borchert und ihrem Team liebevoll vorbereitet worden war, und zum regen Meinungs austausch genutzt.

Im zweiten Programmteil entführte uns unsere Malerin und Autorin Aini Teufel mit ihren Geschichten über den „Igel Adela“ und den Weihnachtsmann in die Weihnachtszeit. Rita Würbach ließ für uns ihre Klöppelhölzchen tanzen, und gemeinsam sangen wir „zur Weihnachtszeit“.

Von den Anwesenden wurde der Clubnachmittag als eine gelungene Veranstaltung bewertet und den Organisatoren und aktiven Gestaltern herzlich gedankt.

Verfasst von Prof. Dietrich Wende nach Aufzeichnungen von Maria Möbius.

Jahresabschlussveranstaltung des AVD

„Weihnachten ist, stille Nacht ...“

Dieses alte erzgebirgische Weihnachtslied erklang zur Beginn der Jahresabschlussveranstaltung unseres Akademikerverbandes am Donnerstag, dem 12. Dezember 2013 im Dresdner „Italienischen Dörfchen“.

In der mitunter recht stressigen Vorweihnachtszeit trafen sich die Mitglieder des Verbandes, um wie jedes Jahr einen festlichen, stimmungsvollen Nachmittag zu erleben. Und keiner wurde enttäuscht, das liebevoll zusammengestellte Programm von Frau Maria Möbius erfüllte wieder alle Erwartungen und begeisterte mit seinem künstlerisch anspruchsvollen Niveau.

Zu Beginn begrüßte der Verbandsvorsitzende Herr Richard Hafemann die anwesenden Mitglieder und Gäste und hielt eine eindrucksvolle Ansprache, in der er die Leistungen des auslaufenden Jahres würdigte, die zukünftigen Aufgaben umriss und allen Anwesenden und uns mit vielen guten Wünschen in die Weihnachtsfeiertage und in das Jahr 2014 schickte.

Gestaltet wurde der Programmablauf erwartungsgemäß von Frau Liselotte Gründel als ausgezeichnete Sprecherin und Interpretin besinnlicher und humorvoller Literatur und jungen Musikern und Sängern des Musikgymnasiums „Carl-Maria von Weber“ Dresden. Mit herzlichem Beifall wurden die wunderschönen Darbietungen belohnt, und gleichzeitig weckten sie die Vorfreude auf weitere literarisch-musikalische Begegnungen.

Frau Gründel bereitete mit der Literatúrauswahl wieder viel Genuss und Freude und überraschte mit so manchem aktuellen, witzig-freundlichen und auch spöttischen Bezug. „Wir schenken uns nichts! Oder?“

Die jungen Sänger und Musiker des Musikgymnasiums sind Schüler der Oberstufe. Sie erfreuten mit ihrem interessanten, abwechslungsreichen Repertoire. Genannt seien Mathilde Salzmann mit hervorragend gespielter „Sonate für Oboe und Basso Continuo“ von Georg Friedrich Händel, und ebenso souverän überzeugten Johanna Nentwig - Sopran und Richard Glöckner- Tenor mit klassischen und romantischen Liedern von Mozart, Beethoven, Mendelssohn-Bartholdy, Hugo Wolf und einigen Arien, klangvoll unterstützt mit ausdrucksstarkem Violinspiel von Patricia Stoehr. Am Flü-

gel begleitete einfühlsam und nuancenreich Frau Julia Aldinger. Ein herzliches großes DANKE allen Mitwirkenden.

Bilder von der Jahresabschlussfeier:



Anschließend ergriff der Vorsitzende unseres Akademikerverbandes, Herr Richard Hafemann, noch einmal das Wort, um einige Mitglieder für besondere Einsätze und Leistungen in der Verbandsarbeit mit der Überreichung eines Dankschreibens und eines kleinen Präsent zu würdigen. Herr Prof. Wende würdigte im Auftrag des Vorstands die großen Leistungen unseres Vorsitzenden mit herzlichen Dankesworten und überreichte ihm ein kleines Geschenk.

Danach begann das weihnachtliche gemeinsame Kaffeetrinken, das auch für einen regen Meinungsaustausch genutzt wurde.

Am Schluss der gelungenen Veranstaltung gab es viele gegenseitige Grüße und Wünsche für beste Gesundheit, frohe gute Stunden und auch ein wenig Glück.

Und was sagt der große Wolfgang von Goethe zum GLÜCK?

„Hebt mich das GLÜCK,
so bin ich froh und sing' in dulci júbilo.
Senkt sich das Rad und drückt mich nieder,
so denk' ich: NUN, ES HEBT SICH WIEDER!“

Irmhild von Kiełpinski

Folgende Personen wurden vom Verbandsvorsitzenden ausgezeichnet:

Mit Dankschreiben und Einkaufsgutschein:

Herr Dr. Peter Harmening
Frau Liselotte Gründel
Frau Irmhild von Kiełpinski
Frau Maria Möbius
Frau Gisela Waldmann
Herr Prof. Kurt Merker
Herr Prof. Dietrich Wende

Mit Dankschreiben und 2 Konzert-Eintrittskarten

Frau Dr. Rosemarie Griese
Frau Edith Robota
Frau Petra Uhlig
Frau Rita Würbach
Frau Brigitte Grunert
Frau Cathrin Borchert
Herr Hans Peter Hübner
Herr Horst Korbella

Neujahrskonzert der Hochschule für Musik „Carl-Maria-von-Weber“

Die Hochschule für Musik „Carl-Maria-von-Weber“ Dresden gab am 09.01.2014 ihr Neujahrskonzert im Konzertsaal der Hochschule. Das Konzert wurde anlässlich der bevorstehenden Europawahl vom Sächsischen Staatsministerium der Justiz und für Europa des Freistaates Sachsen gesponsert, so dass kein Eintrittsgeld erhoben wurde. Maria Möbius hatte vermittelt, dass unserem Verband im 1. Rang 20 Plätze reserviert wurden, die Mitglieder und Freunde auch vollständig in Anspruch nahmen.

In der Begrüßungsansprache stellte der Rektor der Hochschule Herr Prof. Ekkehard Klemm u.a. die Musikhochschule als Kristallisationskern musikalischer Gegenwart und Dresden als Kreuzung internationaler Wege der Musikgeschichte dar und verwies auf die internationale Ausrichtung der Hochschule. Der Justizminister Herr Jürgen Martens gab anschließend ein kurzes Statement, in dem er auf die Lehren aus Erstem und Zweitem Weltkrieg und aus den Demokratiebestrebungen vom Herbst 1989 als Basis für die europäische Integration verwies und die Mitwirkung der Musikhochschule an diesem Integrationsprozess würdigte.

Das Konzert wurde vom russischen Dirigenten Alexander Chemushenko dirigiert. Mit der Europahymne als Anfang war die Idee dieses Neujahrskonzerts umschrieben. Es erklang die 2. Sinfonie D-Dur des Finnen Jean Sibelius. Das Violinkonzert D-Dur des Russen Peter Tschaikowski war das eigentliche Erlebnis des Konzerts. Die Solistin, die aus Spanien stammende Studentin Elina Rubio Pentcheva, kam aus den eigenen Reihen der Hochschule. Mit ihren 17 Jahren präsentierte sie sich als bemerkenswerte Musikerin. Die echte Freude der Geigerin am Spiel übertrug sich direkt auf das Publikum. Die Zuhörer dankten ihr mit anhaltendem Beifall. In der Zugabe spielte sie den extrem schwierigen Caprice „Der Erbkönig“ von Heinrich Wilhelm Ernst.

Verfasst von Prof. Dietrich Wende

unter Benutzung der Rezension von Hartmut Schütz in den DNN vom 12./13.01.2014

Bericht zur Wanderung im November 2013

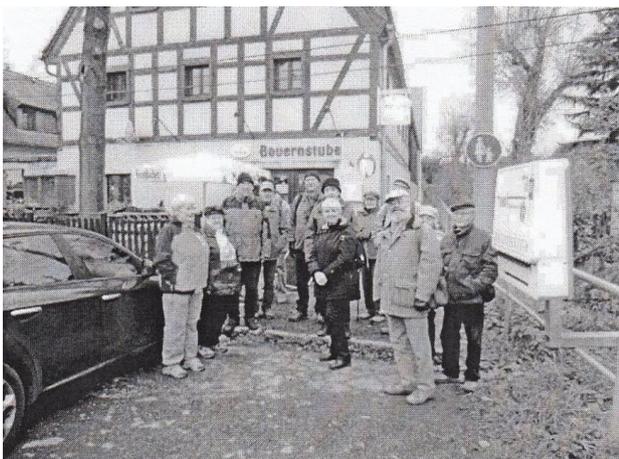
Bei einer Wanderung im November stellt man sich auf regnerisches Wetter ein. Und so waren unsere Erwartungen auch nicht so hoch, so daß wir mit dem diesigen und nebligen Wetter, ohne Regen, zufrieden waren. Es ging von Coschütz mit dem Bus nach Kleinnauendorf. Die Quelle des Kaitzbaches war unter dem Herbstlaub nur zu vermuten.



Wir folgten dem kleinen Gewässer entlang des Kaitzgrundes vorbei an den ehemaligen Brunnenhäusern die aber nicht mehr zur Trinkwasserversorgung genutzt werden. An die ehemalige Bergbautätigkeit der Wismut erinnern nur noch die Abraumhalden, die aber sehr schön renaturalisiert wurden. Der Uranabbau wurde hier, im Gegensatz zum Erzgebirge, recht bald wieder eingestellt, da die Ausbeute recht gering war.



Weiter ging es über Boderitz, Bannewitz nach Mockritz. Hier konnten wir uns bei heißem Tee wieder aufwärmen und bei einem guten Mittagessen neue Kräfte sammeln. Nach dieser Erholungspause ging es weiter den Kaitzbach entlang bis zum Mockritzbad. Dieses Bad ist ein beliebtes Ausflugsziel für Groß und Klein während der Sommermonate. Auch der angeschlossene Campingplatz erfreut sich einer großen Beliebtheit. Der Kaitzbach verläuft von hier aus über Strehlen und über den Großen Garten weiter bis zur Elbe.



Es ist interessant so ein kleines Gewässer von der Quelle bis zur Mündung zu verfolgen. Das herbstliche Wetter konnte uns dabei die gute Laune nicht verderben. Diese letzte Wanderung in diesem Jahr war ein guter Abschluss dieser Saison.

Dr. F. Röder

Vorstandsberatung Januar 2014

Die Vorstandsberatung fand am 23.01.2014 10.00 bis 12.30 Uhr in der VS-Begegnungsstätte „Amadeus“ statt. Sie wurde vom Vorsitzenden Herrn Richard Hafemann geleitet. An der Beratung nahmen die Vorstandsmitglieder Frau Dr. Griese, Frau Möbius, Frau Waldmann und Herr Prof. Wende sowie als Gast Herr Dr. Harmening teil.

Prof. Wende und Frau Waldmann berichteten über das Ergebnis der abschließenden Beratung und über die Übergabe der restlichen AVD-Unterlagen sowie Finanzen an den BRH Landesgeschäftsführer Dr. Kluxen. Frau Möbius ergänzte, dass sie die Voraussetzungen für das Begleichen der Rechnung des Landesgymnasiums für Musik geschaffen habe.

Herr Hafemann berichtete über den Stand der Beantragung der Gemeinnützigkeit und der Eintragung ins Vereinsregister. Sobald die Eintragung-Nr. vorliegt, kann das Vereinskonto eröffnet werden und können die Mitgliedsbeiträge überwiesen werden. Bis dahin werden die Vorstandsmitglieder die Kosten der Vereinsarbeit kreditieren.

Frau Waldmann stellte den Rahmen-Finanzplan für 2014 vor, der bestätigt wurde. Die bereits vorliegende Beitragsordnung ist von Frau Waldmann zu präzisieren.

Die im Entwurf vorliegende Aufteilung der Aufgabenbereiche wurde von Herrn Hafemann präzisiert und vom Vorstand bestätigt.

Vorstandsmitglieder berichteten über ihre Initiativen zur Mitgliedergewinnung. Herr Hafemann bekräftigte, dass die Mitgliedergewinnung ständige Aufgabe eines jeden Verbandsmitglieds, insbesondere jedes Vorstandsmitglieds, ist.

Frau Möbius stellte den Kultur- und Bildungsplan für das 1. Halbjahr vor. Herr Hafemann sagte, dass von allen Vorstandsmitgliedern eine Beteiligung an der Erarbeitung erwartet wird. Herr Dr. Harmening mahnte an, dass im Plan Veranstaltungen, auf denen die Mitglieder Gelegenheit haben, miteinander zu kommunizieren und näher kennen zu lernen, mehr Raum eingeräumt werden muss. Dazu eignen sich Clubnachmittage und Exkursionen.

Clubnachmittage finden im „Amadeus“ statt, und zwar am **13. Februar, 13. März, 10. April, 22. Mai, 12. Juni, 24. Juli, 28. August, 25. September, 23. Oktober und 13. November 2014 jeweils 14.30 Uhr**, die Jahresabschlussveranstaltung am **18. Dezember** im Italienischen Dörfchen.

Für den 13. März ist ein Vortrag von Dr. Röder (Gesundheitswesen in Nepal), für den 10. April ein Vortrag von Dr. Michael (Urlaub in Kanada), für den 22. Mai eine Begegnung mit der Kandidatin Frau Klepsch (Europawahl) und am 12. Juni voraussichtlich ein Vortrag des SZ-Reporters Tobias Wolf (Tourismusland Indien) vorgesehen.

Herr Hafemann schlug für die diesjährige Exkursion den Spreewald vor.

Der Vorstand bittet alle Mitglieder, den Kultur- und Bildungsplan 2014 durch eigene Vorschläge und Beitragsangebote bis zum 5. Februar 2014 an Frau Möbius zu bereichern, Schaufußstraße 21a, 01277 Dresden, Email mg.moebius@t-online.de, Tel. 65615561.

Endredaktion:
Prof. Dr.-Ing. habil. Dietrich Wende

Redaktionsschluss:
26.01.2014

Impressum:
Verband „Akademiker und Freunde 50plus“
Vorsitzender: Dipl. phil. Richard W. Hafemann

Vorstandsmitglieder:
Dr. sc. phil. Rosemarie Griese Frau Gisela Waldmann
Dipl. Kulturwiss. Maria Möbius Prof. Dr.-Ing. habil. Dietrich Wende

Postanschrift:
Striesener Straße 2
01307 Dresden
Treff „Amadeus“
Tel.: 0351-4496116
PKW: 0151 – 22330838
Mail: akafreu50plus@online.ms